blickpunkt
383 11/2002
www.dkp-mw.de
Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

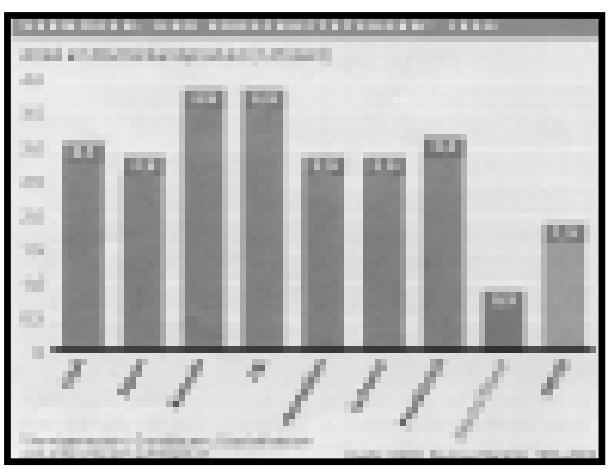
Trübe Aussichten

Ein Nachtragshaushalt ist notwendig, wenn sich innerhalb des Haushaltsjahres gravierende Änderungen ergeben. Das ist eigentlich jedes Jahr der Fall. Gravierend und besonders schmerzlich ist es in diesem Jahr, weil die Einnahmeseite der Stadtkasse Mörfelden-Walldorf dramatische Mindereinnahmen beklagt. Hat man am Jahresanfang schon vorsichtig kalkuliert und einen Rückgang der Steuern berücksichtigt, so ist jetzt von einem „Wegbrechen" der Gewerbe- und Einkommensteuer die Rede.
Wir können der Verwaltung und dem Kämmerer keine Schuld der Entwicklung ankreiden. Die Fehler der Steuergesetzgebung wurden in Berlin gemacht. Die „Gestaltungsmöglichkeiten" insbesondere der Großbetriebe wurden unter dem Gedanken „die Gewinne von heute sind die Investitionen und Arbeitsplätze von morgen" vergrößert. Das Ergebnis ist ernüchternd: Arbeitsplätze werden abgebaut und die öffentliche Hand kann wegen fehlender Steuereinnahmen keine Investitionen mehr tätigen. Die Zahlungsfähigkeit der Stadtkasse konnte nur durch Genehmigung eines größeren Kreditrahmens aufrecht erhalten werden. Die untenstehende Grafik entlarvt das Gejammere der Vermögenden über den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Der Stadtkämmerer wagte in der Diskussion zum Nachtragsetat schon einen Ausblick auf 2003:

1. Er erwartet nicht, dass es besser wird. „Mindestens die nächsten drei Jahre wird es sehr knapp werden".
2. Alles soll auf den Prüfstand, die Einnahmeseite als auch die Ausgaben. D. h., hier und dort werden höhere Beiträge und Gebühren anvisiert und es wird noch mehr gespart. Die Kosten der Kitas sprach er zum wiederholten Male an.

Der Gestaltungsspielraum des Stadtparlaments wird somit eingeschränkt und man muss die Frage stellen nach der Selbstverwaltung der Kommune.



Ist die Verwaltung nur noch Mängelverwaltung?

Es fehlen Kinderhortplätze, Kitaplätze, Hallensportflächen. Die Jugendpflege soll aufgewertet und ausgeweitet werden. Bezahlbarer Wohnraum wird knapper, Bildung und Ausbildung leiden Not ... kurzum, die Schere zwischen sozial Notwendigem und Istzustand wird größer.
In diesem Zusammenhang ist der Satz des FDP-Stadtverordneten Seinsche entlarvend, dass die Finanzentwicklung auch mit dem Beschluss für ein Jugendcafé zu tun habe. Dabei ist noch nicht einmal Baubeginn im Bahnhof Mörfelden. Der FDP fehlt die soziale Kompetenz. Das wird bei den anstehenden Haushaltsberatungen für 2003 noch deutlich werden.

Konnte die DKP/OL-Fraktion in der Vergangenheit dem Haushalt durch Stimmenthaltung noch zur Mehrheit verhelfen, weil man das knappe Geld einigermaßen richtig eingesetzt sah, so wird der Spielraum dafür bei denkbaren Einschnitten im sozialen Bereich sehr klein.

R. D.

Die Koalition der Abzocker

Was ist unsozialer als denen, die bitter wenig haben, noch das Nötigste wegzunehmen? Bei Rot-Grün ist genau das ein Eckpunkt des Koalitionsvertrags und die verbindliche Leitlinie für die neue Regierung. „Gerechtigkeit" steht in großen Lettern in der Überschrift des Koalitionsvertrages. Diese Gerechtigkeit bestehe darin, allen gleichmäßig Lasten aufzupacken. Finanzminister Eichel begründete dann auch noch, warum das Aufpacken bei der Arbeitslosenhilfe beginnen muss. Hier gebe es eine ganz große Gerechtigkeitslücke. Die geplante Zusammenführung mit der Sozialhilfe beseitigt frei nach Eichel die „Privilegien" der Langzeitarbeitslosen. Ob die Regierung auch an die Privilegien der Reichen und Superreichen geht, ob sie sich demnächst auch mal wagt am Verteidigungshaushalt zu kürzen, darf bezweifelt werden. rh

Turnhallenplätze - Chance nicht verstreichen lassen

Im Juni-„blickpunkt“ wurde bereits ausführlich über den dringenden Mehrbedarf an Turnhallenplätzen in Mörfelden und Walldorf berichtet. Alle Vereine gaben präzise an, daß sie zusätzliche Hallenzeiten für ihre Sportler benötigen. Die SKV-Mörfelden meldet z. B., daß sie für die Abteilungen Handball, Fußball, Volleyball, Leichtathletik, Turnen/Gymnastik und Radsport zusammen einen Mehrbedarf von zwei Einfeld-Hallen hat. Die Radsportler haben Dank ihrer guten Jugendarbeit großen Zuspruch bei den Einradfahrern (z. Zt. schon 100 Kinder Jugendliche und Erwachsene in dieser Disziplin) und mußten bereits eine Warteliste für die Mitgliedsaufnahme anlegen. Auch die übrigen Vereine unserer Stadt, wie die TGS, SKG und Rot-Weiß melden Bedarf an.

Anscheinend wird die Situation bei den Verantwortlichen der Stadt und des Kreises Groß-Gerau nicht dringend genug eingeschätzt, was nachfolgendes Beispiel zeigt. Da wird ab Frühjahr 2003 bis 2006 die Bürgermeister-Klingler-Schule vom Kreis als Schulträger komplett erneuert. Ein Teil – der ältere aus den 50er Jahren – wird umfassend saniert und der 1960 errichtete Trakt wird einschließlich der kleinen Schulturnhalle abgerissen und durch einen Neubau ersetzt. In diesem Zusammenhang war zu erfahren, daß der Kreis nur eine Einfeld-Halle plant. Da ausreichend Platz für eine doppelt so große Halle vorhanden ist, wurde bei der Stadt angefragt, ob sie die Mehrkosten hierfür übernehmen würde. Der Magistrat lehnte ab und gab die Frage an den SKV-Vorstand weiter. Auch dieser mußte angesichts der finanziellen Situation ablehnen, wäre aber evtl. zur Ausstattung der Halle mit Sportgeräten bereit.

In Anbetracht der knappen Turnhallenplätze sollten die Gremien der Stadt ihre Ablehnung noch einmal überdenken.

Der finanzielle Anteil für die Stadt, in diesem Falle nur die reinen Mehrkosten, sind verhältnismäßig gering.

Spätestens in einem Jahr braucht der Kreis Groß-Gerau eine endgültig Zusage, wenn eine größere Halle geplant werden soll.

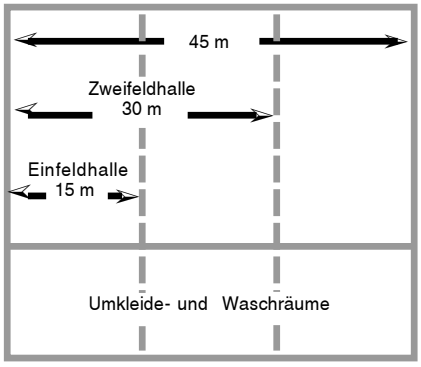
Eine solche Chance sollte man nicht ungenutzt lassen.

Auch in „Zeiten leerer Kassen“ müssen die Gemeinden dankbar dafür sein, daß es in den Vereinen das große ehrenamtliche Engagement gibt. Dort wird in der Betreuung und Anleitung der vielen Kinder und Jugendlichen im wahrsten Sinne praktische Sozialarbeit geleistet, zu der die Städte allein nicht in der Lage wären. Das Geld, das in den Sport investiert wird, trägt indirekt auch zu Einsparungen im Gesundheitswesen bei. Der Staat wäre deshalb gut beraten, wenn er einige Millionen aus dem gewaltigen Rüstungsetat den Gemeinden für solche Investitionen zur Verfügung stellen würde.

Um die Finanznot der Kommunen zu lindern wird leider immer am falschen Ende gespart.

Heinz Hechler

Dreifeld-Turnhalle
(z.B. Bachmann-Halle)



Jahresabschlußfeier
der DKP Mörfelden-Walldorf
Mittwoch, 11. Dezember 2002, ab 19 Uhr
Gewölbekeller im „Goldenen Apfel“

Freunde und Mitglieder der DKP sind dazu herzlich eingeladen.

DKP Hessen bereitet Landtagswahl-Kandidatur vor

Die Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Hessen hat einen Grundsatzbeschluss zur Kandidatur der Deutschen Kommunistischen Partei bei der Landtagswahl am 2. Februar 2003 gefasst und eine Landesliste gewählt. Zur Zeit werden die notwendigen Unterstützungsunterschriften zur Sicherung der Kandidatur gesammelt.

Die zweite Auflage der SPD/Grünen Bundesregierung setzt in ihrer Arbeit weiter auf Massenbelastungen, Sozialabbau auf breiter Front und Fortsetzung der Auslandseinsätze der Bundeswehr, in Afghanistan jetzt mit erweitertem Kampfauftrag.

In dieser Situation ist es unverzichtbar, dass bei der ersten Landtagswahl nach der Bundestagswahl vom 22. September 2002 linke Positionen im Wahlkampf eingebracht werden und zur Wahl stehen.

Die DKP hat sich das vorgenommen, nicht zuletzt weil die PDS in Hessen nach dem unbefriedigenden Ergebnis bei der Bundestagswahl signalisiert hat, nicht zu kandidieren.

Wochenzeitung der DKP

uz

Probeexemplare bei der „blickpunkt”-Redaktion

Prüfungsauftrag erteilt

Mehrheitlich hat das Stadtparlament einen Antrag der DKP/Offene Liste beschlossen, in dem es heißt: Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit regelmäßig öffentlichkeitswirksam Anzeigen gegen Fluggesellschaften erstattet werden können, deren Maschinen im Stadtgebiet in der Zeit von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr einen Lärmpegel verursachen, der 70 dB (A) übersteigt.

Zu prüfen ist, wie zeitnah die verursachenden Fluggesellschaften und die Lärmwerte im Stadtgebiet ermittelt werden können.

Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln gegen die Flughafenerweiterung.

GEMEINSAM GEGEN DEN FLUGHAFENAUSBAU

Kein Sieg für den Bürgermeister

In der Stadtverordnetenversammlung wurde ein von Bernhard Brehl initiiertes Eckpunktepapier zu den aktuellen Flughafenausbauplänen von der SPD-Fraktion beschlossen. CDU und FDP enthielten sich, die Grünen und die DKP/OL stimmten dagegen. Ein von der DKP eingebrachter Antrag gegen die neuen Fraport-Pläne, nach denen der Flughafen immer näher an die nördliche Stadtgrenze rückt (s. Oktober-„blickpunkt"), wurde von SPD, CDU und FDP abgelehnt. Im Bürgermeister-Papier ist man erstmals der Fraport ein Stück entgegengegangen, man hofft dabei auf bessere Verhandlungspositionen. In der Geschichte des Flughafenausbaues gibt es hierzu durchaus Parallelen. Vor zwanzig Jahren stimmte die SPD-Mehrheit u.a. der Verlegung der Okrifteler Straße zu. Entgegenkommen gab es auch in anderen Fällen. Genutzt hat es nichts. Letztlich setzten sich FAG und Landesregierung durch. Die FAG handelte damals ebenso rücksichtslos und raffiniert, wie wir es heute von der Fraport kennen. Das Flughafen-Geschwätz von der guten Nachbarschaft bleibt leeres Stroh. Hier geht es um die knallharte Durchsetzung von Kapitalinteressen. DKP/OL-Fraktionsvorsitzender Gerd Schulmeyer sagte in der Stadtverordnetenversammlung deshalb auch völlig richtig: „Wenn man der Fraport die Hand hinhält, ist sie weg bis zum Ärmelfutter!"

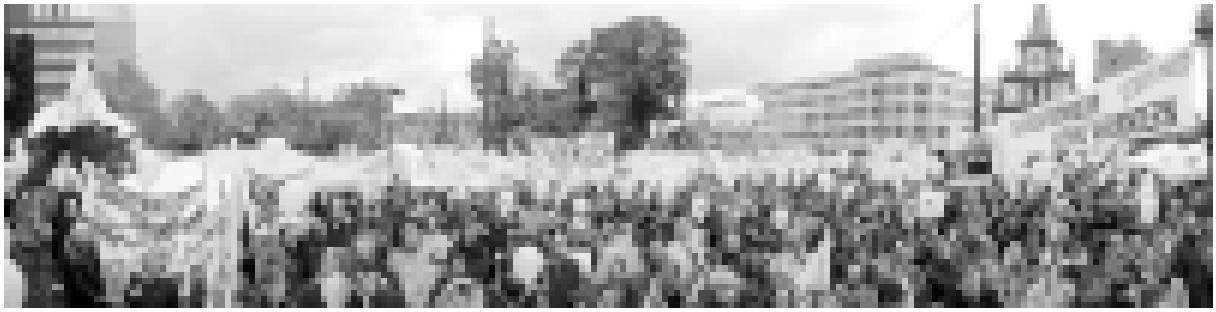
In einer Stellungnahme zur Debatte in der Stadtverordnetenversammlung schrieb Rudi Hechler u.a.:

„Man kann es drastisch sagen: die Debatte um das Eckpunktepapier des Bernhard Brehl war blamabel, der Beschluß falsch. Zerstört er doch die mühsam erreichte gemeinsame Haltung der Flughafenausbaugegner.
Natürlich ist der Bürgermeister kein Verräter, kein Kapitulant.
Natürlich ist es politisch falsch und nicht zu akzeptieren, wenn der Sprecher der Grünen von den „Fraport-U-Booten" in der Verwaltung spricht.
Natürlich muß es möglich sein, taktische Varianten ins Spiel zu bringen.
Fragen darf man aber trotzdem, was soll der egozentrische Trip des Bürgermeisters?
Hat er sich vorher mit dem Landrat mit Bürgermeistern, mit Bürgerinitiativen beraten?
Glaubt er wirklich das nicht nötig zu haben?

Woher kommt die ungeheure Selbstüberschätzung: „Ich möchte Fraport auf die Probe stellen", Ich werde mit der Lufthansa reden". Ein kleiner Bürgermeister einer kleinen Stadt will dort allein etwas herausholen. Das Gelächter im Zuschauerraum dieser Stadtverordnetenversammlung war an der richtigen Stelle. Warum legt sich Brehl mit den Bürgerinitiativen an. Es gibt mittlerweile 60 Bürgerinitiativen rings um den Flughafen. Meint er wirklich, dort sitzen nur Deppen?

Noch etwas kann nachdenklich machen, ein Bürgermeister hat eine Idee, im Haus setzt er sie durch, er ist der Chef. Gut und richtig?
Die gesamte SPD-Fraktion stimmt zu. Keine nachdenkliche Anmerkung im Parlament, man blickt nach unten und hebt die Hand. Gut und richtig?

Fazit: Brehl ist mit seinem problematischen Eckpunktepapier aus dem einheitliche Handeln ausgebrochen. Die Haltung des Landrates, der Bürgermeister des Umlandes, der aktiven Bürgerinnen und Bürger interessiert ihn offenbar nicht. Der Beschluß war kein Sieg der Bürgermeisters unserer Stadt."



Demonstration gegen Flughafenausbau

Unter dem Motto „Eine Region wehrt sich" versammelten sich am 19. Oktober rund 6 000 Menschen aus der Rhein-Main-Region in der Offenbacher Innenstadt, um auf einer eindrucksvollen Kundgebung ihrem Protest gegen die Pläne zum Ausbau des Frankfurter Flughafens Nachdruck zu verleihen. Mit Lautsprechern, auf Transparenten, Spruchbändern und Hunderten von Luftballons riefen sie die Einwohner Offenbachs und der Region auf, sich der Protestbewegung anzuschließen und die menschenfeindlichen Erweiterungspläne von Fraport, Lufthansa und hessischer Landesregierung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu Fall zu bringen. In mehreren Reden wurde vor den negativen Auswirkungen der nach einer Erweiterung zu erwartenden drastischen Zunahme der Flugbewegungen gewarnt. Die Beiträge aller Redner mündeten in die Forderungen: Keine neue Landebahn, kein drittes Terminal, keine Wartungshalle für den A 380, keine Rodung von Wald, Reduzierung von Flugbewegungen, Lärm und Schadstoffen, sofortiges Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.

Privatisierungen sind keine Lösung

Was wir in unserer Stadt erleben sehen wir auch in anderen Städten und Gemeinden. Immer mehr Kommunen sind bankrott. Die Gewerbesteuer ist weggebrochen. Viele Großbetriebe nutzen die günstige Gesetzeslage und bezahlen überhaupt nichts mehr. Die Konzerne agieren weltweit. Profite werden weltweit realisiert. Die Gegenkräfte sind schwach. Wir erleben ungezügelten Kapitalismus.

In diesen Zeiten entdecken gewiefte Kapitalstrategen den kommunalen und staatlichen Sektor. In manchen Städten ist man schon soweit und verscherbelt die Straßenbahn, die Krankenhäuser und viele weitere kommunalen Einrichtungen. Was kapitalistische Technokraten „Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen" nennen, beschleunigt eine gigantische Privatisierungswelle, die alle Lebensbereiche erfasst.

Die Reste des Sozialstaates sollen endgültig enteignet werden.

Die neoliberale Ideologie mit dem unerschütterlichen Glauben an die Segnungen des freien Spiels grenzenlos wirkender Marktkräfte wird heute auf allen staatlichen Ebenen und selbst in einem kleinen Stadtparlament wie Mörfelden-Walldorf hingenommen. Man glaubt, dass sich das Streben nach Unternehmensprofit, das Wohl der Gesellschaft und jedes Einzelnen nicht widersprechen und dass private Unternehmen auch öffentliche, soziale Aufgaben besser und günstiger erledigen können. Vor allem auch in der hiesigen CDU-Fraktion wurde und wird diese Haltung stark vertreten. Im praktischen Leben werden diese Sprüche allerdings schnell widerlegt.

Die Bundesregierung treibt mit ihren Steuergeschenken an die Reichen und die Konzerne die Länder und Kommunen bewusst zum Ausverkauf.

Die Finanzämter verkommen zu Auszahlungsstellen für die Großkonzerne. Nicht nur, dass letztere kaum noch Steuern zahlen. Bereits gezahlte Körperschaftssteuer bekommen sie in Milliardenhöhe zurück erstattet.
Kommunen und Länder reagieren mit Haushaltssperren und Haushaltssicherungskonzepten, die mit Verzicht auf alle sogenannten freiwilligen Leistungen und Ausgaben verbunden sind. In unserer Stadt denkt die SPD-geführte Stadtregierung an die Schließung städtischer Einrichtungen.

Der kommunale Ausverkauf ist von der Bundesregierung nicht nur gefördert, sondern politisch gewollt. Kein Wunder, dass die Kommission der Bundesregierung, die unter dem zunehmenden politischen Druck installiert werden musste, um Vorschläge für eine Reform der Gemeindefinanzen zu entwickeln, bisher keine nennenswerten Ergebnisse hervorgebracht hat. Die Kommunen verscheuern also ihr Tafelsilber meistbietend auf dem „freien Markt".

Kann man auch Kindergärten verkaufen?

Diese Frage ist nicht albern. Manche „Politiker" denken: Alles wird zur Ware, vielleicht kann man ja auch mit Kindereinrichtungen „Geld machen". Das schillerndste Beispiel: Cross-Border-Leasing; windige Verleihgeschäfte mit amerikanischen Kapitalgesellschaften.
Damit ist der Verlust an öffentlichem Einfluss auf die Strategie dieser Unternehmen verbunden. Unternehmen, die nunmehr die Versorgung in existentiellen Bereichen dem Shareholder Value an der Börse überlassen.

Bürgernähe und Demokratie bleiben auf der Strecke

Kommerzielle Dienstleister erwarten reiche Erträge: Die globalen Ausgaben für Wasserversorgung übersteigen jedes Jahr 1 Billion Dollar; für Erziehung 2 Billionen und für die Gesundheitsversorgung 3,5 Billionen. Schon allein die national beschränkte „Riester-Rente" hat 17,54 Mrd. Euro auf den Finanzmärkten zugunsten der Versicherungskonzerne frei gesetzt. Die Bevölkerung wird aber am Ende die Zeche zahlen: mit höheren Preisen, existentiellen Abhängigkeiten, Auslese und abgestufter Qualität sozialer Grundversorgung und weiteren Arbeitsplatzverlusten. Bürgernähe und Demokratie bleiben auf der Strecke.

Das zeigen Beispiele in zahlreichen Industrieländern. So wurde z. B. in einer groß angelegten Untersuchung von US-Wissenschaftlern festgestellt, dass die Sterblichkeitsrate in kommerziellen Krankenhäusern deutlich höher liegt als in Kliniken, für die Profit keine Rolle spielt. Die Studie erfasste rund 26.000 US-Kliniken und 38 Mio. Patienten.

Die Kommunen und ihre Bürger verlieren Einflussmöglichkeiten. Kommunalpolitische Entscheidungen können durch marktbeherrschende, kommerzielle Dienstleister nicht nur unterlaufen sondern sogar gesteuert werden. Das Engagement von Bürgern, Initiativen und freien Trägern insbesondere im sozialen und kulturellen Bereich wird unwirksam bzw. im Keim erstickt. Bürgerbeteiligungen an allen örtlichen Planungen und Vorhaben geraten in Gefahr. Die zweite Säule der Gemeindefinanzierung - kommunale Gebühren und Einnahmen aus kommunalen Wirtschaftsbetrieben - gerät ins Wanken. Die Förderung örtlicher, kleiner und mittelständischer Unternehmen ist schon heute durch den Zwang zu europaweiten Ausschreibungen eingeschränkt. Worüber hätten die Parlamente zukünftig noch zu entscheiden? Das demokratische Selbstverwaltungsprinzip und damit die Kommunalverfassungen werden immer mehr ausgehebelt.

Widerstand gegen die „Wirtschaftsdiktatur" entwickeln

Im zunehmenden Maße werden in den Kommunen unterschiedliche Formen der Verweigerung diskutiert: Zinsmoratorium gegenüber den Banken, Nichtbefolgung von Landes- und Bundesgesetzen mit Kostenfolgen für die Kommunen, u.a.

Es bleibt zunehmend nur der Weg: Haushalte die Gebührenerhöhungen und Sozialabbau vorsehen, kann man nicht akzeptieren.

Es stellt sich außerdem die Frage, ob die genannten Verweigerungen nicht durch das im Grundgesetz verankerte Widerstandsrecht gedeckt sind.
Vor allem aber muß in der Öffentlichkeit klar werden, es müssen prinzipiell andere Wege gesucht werden. Wir brauchen eine antikapitalistische Politik, auf allen Ebenen. Diese Aussagen erwarten wir vor allem auch von sozialdemokratischen Kommunalpolitikern in unserer Stadt.
Irgendwann muß Schluß sein mit dem Abwälzen von oben nach unten.

Irgendwann muß Schluß sein mit der Erhöhung von Gebühren, mit dem Abbau sozialer Standards.
Wir alle bezahlen schließlich genug Steuern. Es ist genug Geld da, es ist nur in den falschen Taschen.
Wir brauchen außerparlamentarische Bewegungen im Lande. Auch in diesem Bereich. rh

Die Stimmen gegen ein Kriegsabenteuer werden lauter

Immer mehr und immer größere Demonstrationen finden in Deutschland, in ganz Europa und in Amerika gegen ein neues Kriegsabenteuer statt. Hunderttausende rufen vor dem Weißen Haus, 350 000 im Londoner Hyde-Park „Kein Blut für Öl". In Washington war bei der letzten Demonstration am 26. Oktober auf Transparenten zu lesen: „Laßt Bush fallen statt Bomben", „Stoppt den Krieg gegen Irak, bevor er beginnt", „Geld für Arbeit, nicht für den Krieg". Immer deutlicher sehen die Menschen die Hintergründe für die Kriegspläne der Bush-Administration.

Weit über 4000 Persönlichkeiten – Schauspieler, Wissenschaftler, Künstler – der USA haben das Volk der Vereinigten Staaten aufgefordert, sich der Politik der Regierung zu widersetzen. In Deutschland haben daraufhin 120 bekannte Personen, darunter die Schriftsteller Günter Grass, Walter Jens, der PEN-Präsident Johano Strasser, der Pfarrer Friedrich Schorlemmer, die Wissenschaftler Jürgen Habermas und andere ihre Solidarität mit ihren amerikanischen Kolleginnen und Kollegen bekundet.
Der Internationale Terrorismus ist im Falle Irak nur ein Vorwand. Immer mehr wird klar – es geht ums Öl. US- und britische Konzerne brauchen das Öl im Nahen Osten in dem Zweidrittel aller Ölreserven liegen.

Auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat sich zum Auftakt der Synode am 3. November gegen eine militärische Bekämpfung des Terrorismus gewandt. Der EKD-Vorsitzende Manfred Kock warnte vor einem Angriff auf Irak und verwies auf den geringen Erfolg des Afghanistankrieges. Tausende unschuldiger Opfer unter der Zivilbevölkerung habe der Krieg dort gefordert, doch die Ziele seien nicht erreicht. Osama bin Ladens Terrororganisation Al Qaeda sei offenbar nicht zerschlagen und die Drahtzieher der Anschläge vom 11. September nicht dingfest gemacht. Terrornetzwerke können nicht durch militärische Aktionen bekämpft werden, sondern bescherten den Terroristen im Gegenteil weiteren Zulauf, konstatierte Kock. Der Präses warnte vor einem Krieg gegen Irak, der ein Rückschlag für den gesamten Mittleren Osten wäre. Ein US-Angriff hätte „keine völkerrechtliche Legitimität".

Diese weltweiten Mahnungen müssen aber auch ihren Niederschlag in der Politik unserer Bundesregierung finden. Die Worte vor der Wahl gegen einen Irakkrieg, für die Schröder auch gewählt wurde, müssen auch nach der Wahl gelten. Da darf es kein erneutes Anbiedern an Bush geben, wie es dieser Tage vom Verteidigungsminister Struck geschah. Nicht Ausweitung der deutschen militärischen Präsenz im Ausland wie jetzt in Afghanistan, ist angesagt, sondern Stopp dieser Entwicklung und Stop der direkten und indirekten Unterstützung des Krieges gegen den Irak. Die deutschen Spürpanzer und Soldaten müssen aus Kuwait, dem Nachbarland Iraks abgezogen werden.

Keine Beteiligung an den Kriegsabenteuern heißt: Keine Überflugrechte für US-Militärmaschinen, Weg mit den US-Stützpunkten in unserem Land.

HH

Kriegsvorbereitungen in Deutschland

Die USA nähern sich immer mehr einem großen Krieg, der auch für uns unabsehbare Folgen haben wird.
Vorbereitungen laufen über die US-Militärbasen in Rheinland-Pfalz und über die Frankfurter US-Air Base. Auch im oberpfälzischen Grafenwöhr, dem größten US-amerikanischen Truppenübungsplatz Europas, und auf dem Nürnberger Flughafen bewegt sich was.
Die USA wollen den Truppenübungsplatz Grafenwöhr zum zentralen Standort ihrer Krisenreaktionskräfte für den „Antiterroreinsatz" ausbauen. Geplant ist die Stationierung einer 3400 Mann starken Brigade in Grafenwöhr, die innerhalb von 96 Stunden weltweit einsetzbar sein soll. Vom „International Airport Nürnberg" sollen die Soldaten zu den Einsätzen geflogen werden.

Der Nürnberger Flughafen ist nur etwa 70 Kilometer von Grafenwöhr entfernt und über die A 9 schnellstens zu erreichen. Bereits jetzt sind in Grafenwöhr 4500 US-Soldaten stationiert. Hinzu kämen die Soldaten der Eingreiftruppe und ihre Familien. Insgesamt sollen 500 Millionen Euro investiert werden, um alle in der BRD stationierten US-Spezialkräfte in der Oberpfalz zu konzentrieren.
Der Bundesregierung sind diesen Pläne seit langem bekannt. Nicht bekannt ist, ob sie bereit ist sich zu widersetzen.
Wir meinen: Widerstand gegen die Kriegspläne der USA ist angesagt.
Wer gegen den geplanten Irak-Krieg ist muß entsprechend handeln.

Leserbriefe

Beispielhafte Reaktion

Am 4. Oktober fand ich hinter dem Scheibenwischer meines Autos ein Pamphlet der DVU nebst einem Prospekt der Deutschen National- und Soldatenzeitung mit Werbung für solche herrliche CD's wie „Wunschkonzert der Wehrmacht", „Soldaten, Helden, Vaterland", „Deutschland über alles", und natürlich auch ein Aufnahmeformular, wahlweise für die „ Partei DEUTSCHE VOLKSUNION" oder die „ ÜberparteilicheDEUTSCHE VOLKSUNION e.V." (feiner Unterschied, gell?) oder für den „Ehrenbund Rudel". Als Buchangebote wurden u.a. vorgestellt das „Lexikon der antideutschen Fälschungen", „Wer ist wer im Judentum" und „Der Rote Judas - das wahre Gesicht des Gregor Gysi".

Interessant nur, wo mir das braune Zeug "gesteckt" wurde: In der belgischen Stadt Brügge, der diesjährigen Kulturhauptstadt Europas, die schon lange für ihr multinationales und tolerantes Klima bekannt war, bevor sie den Ehrentitel erhielt.
Ganz offenbar wurden die Pamphlete gezielt an Autos mit deutschen Kennzeichen geklemmt. Ob es wohl ungewöhnlich ist, daß sich deutsche Touristen gegen diese politische Umweltverschmutzung beschweren? Jedenfalls wurde meine per E-Mail abgesandte Eingabe an die Stadtverwaltung Brügge umgehend bestätigt und 3 Wochen später von Bürgermeister Patrick Moenaert (Flämische Christdemokraten) und dem Stadt-Direktor für Tourismus J. Pierre Drubbel persönlich beantwortet.
"Wir setzen Sie davon in Kenntnis, daß Ihre Beschwerde an das Polizei-Departement zur Aufnahme von Ermittlungen weitergeleitet wurde. Es tut uns leid, daß Sie in unserer Stadt einem solch untolerierbaren Benehmen ausgesetzt waren" heißt es in dem Schreiben.

Hoffen wir, daß mehr hinter den Worten steckt als nur die Furcht vor einem Imageschaden für die Kulturhauptstadt. Denn solche braunen Gruppen organsieren sich europaweit gegen Völkerfreundschaft und Demokratie - wie das Beispiel unserer Partnerstadt Vitrolles warnend zeigte. Alfred J. Arndt

Wartungshalle Airbus A380

Offenbar will es Bürgermeister Bernhard Brehl in seiner letzten Amtsperiode unbedingt noch mal wissen und sich unauslöschlich in die Stadtgeschichte von Mörfelden-Walldorf einprägen.
Unauslöschlich deshalb und keineswegs positiv für unserer Stadt, weil die Zustimmung zur Wartungshalle A380 ein Einstig in ein Lärmszenario ohne Beispiel bedeuten wird. Man denke nur an die vorgesehen Probeläufe der Triebwerke der A380 und den zusätzlichen Bodenlärm für Walldorf, von den Gefahren für unsere Gesundheit durch weitere Schadstoffe bei zunehmenden Flugbewegungen (wg. der Wartungen zentral in Frankfurt) ganz zu schweigen.

Brehl scheint in der Tat wirklich zu glauben oder tut er nur so, dass der von ihm (und einigen seiner Getreuen) ausgeheckte Plan aufgehen kann der Fraport irgendwelche Auflagen ins Stammbuch zu schreiben. Die bisherige Erfahrung und dies müsse doch eigentlich speziell auch unser Bürgemeister wissen - lehrt uns allen, was von Zusagen von Fraport und Co zu halten ist.

Ich denke eher, am Ende wird es wie der Eierlauf ausgehen: Brehl gibt die Eier (Zustimmung zum Bau der Wartungshalle) und erhält dann nur noch die ausgeblasenen Schalen zurück und nichts ist mit Nachtflugverbot, fixierten Flugrouten oder gar Bargeld für Bus und Bahnanbindung.

Ist die Position der Stadt Mörfelden-Walldorf „Kein Flughafenausbau" so billig zukaufen?
Das Stadtparlament hat zwar zugestimmt, aber noch scheint es mir nicht zu spät sich als Stadt darauf zu besinnen wem man letztendlich verpflichtet sein muss. Nämlich den Menschen dieser Stadt und nicht rein betriebswirtschaftlichen Interessen zweier großer Aktiengesellschaften (Fraport / LH) die uns nichts als Lärm und Schadstoffe bescheren und eine Jobmaschine die inzwischen ganz klar rückwärts läuft.
M. Zabanski

Besuchen Sie uns mal: www.dkp-mw.de

Fachmarktzentrum bringt Probleme

In der letzten Bauausschusssitzung wurde lange und heftig über die Pläne für das Fachmarktzentrum auf dem Walldorfer Hochtiefgelände debattiert. Erwirkte die SPD durch ihre Mehrheit ein Verschieben der Entscheidung, weil ihr die Fassadengestaltung und Dachbedekkung nicht gefiel, so waren unsere Bedenken auf die künftige Lärmentwicklung gerichtet.
Ist die Nachbarschaft „Reines Wohngebiet" oder „Allgemeines Wohngebiet"? Das ist wichtig, weil dafür jeweils andere Lärmwerte zulässig sind. Sowohl Kreisausschuss als auch Regierungspräsidium haben den Konflikt beschrieben. Das Immissionsgutachten errechnete Werte, die bis zu 3,7 db(A) am Tag und 2,7 in der Nacht höher liegen. Doch der Gutachter geht von einer „Gemengelage" aus und empfiehlt „gegenseitige Rücksichtnahme". Daher dürfen die Lärmwerte höher sein und sind gestattungsfähig. Dazu nimmt man an, dass nur 2 Lkw täglich den Fachmarkt ansteuern. Also auch hier werden durch unrealistische Annahmen Ergebnisse so errechnet, dass es passt.
Wir schlugen vor, dass auf dem Straßenabschnitt Farmstraße entlang des Fachmarktes die Geschwindigkeit auf 30 kmh reduziert wird. Das wäre nicht nur ein Beitrag zur Verkehrsberuhigung sondern auch zur Verkehrssicherheit. An- und abfahrende Autos, Fußgänger, Radfahrer stellen bei starker Frequentierung des Fachmarktzentrums ein erhebliches Gefahrenpotenzial dar. R. D.

Die Wahl in Vitrolles

Als vor gut sechs Jahren die rechtsextreme Front National in Vitrolles die Kommunalwahl gewann, war die Anwort von Mörfelden-Walldorf die Einfrierung der Partnerschaft auf politischer Ebene.
Nachdem nun durch Gerichtsbeschluss die letzte Kommunalwahl annulliert wurde, konnte endlich ein demokratischer Kandidat die Wahl gewinnen. (Aber die FN hat immer noch ein bedenkliches Ergebnis eingefahren.) Jetzt kann an ein Weiterführen der Partnerschaft gedacht werden. Jetzt sollten unsere politischen Gremien alles daran setzen, damit ein neuer Anlauf zur Freundschaft auch dazu beiträgt, dass Rassisten und Faschisten keine Chance haben. R. D.

Feuchtbiotop und Gewerbefläche

Wir berichteten bereits über die Pläne zur Verfüllung des Bornbruchsees am Mörfelder Kalksandsteinwerk. Die Fa. Dreher, die die Fa. Blasberg aufgekauft hat, stellte einen Antrag bei der Stadt. Gleichzeitig wurde bekannt, dass selbige Firma im südlich des Sees gelegenen Wald Probebohrungen unternahm um eine weitere Kiesgrube (30 ha sind im Gespräch) einzurichten. Wir warnten bereits vor der Verfüllung des Sees. Mit was wird verfüllt? Kann eine Grundwasserverschmutzung ausgeschlossen werden? Sind Gefahren für unsere Trinkwasserbrunnen gegeben? Das alles muss gründlich geprüft werden, bevor an eine Genehmigung gedacht wird.

Ein bisschen Feuchtbiotop mit einem mäandernden Bach rechtfertigt nicht eine Erweiterung der Gewerbefläche. Die Verschmutzung durch Bade- und Partygäste würde durch andere Probleme abgelöst, die Industrialisierung, Verkehrs-, Lärm- und Luftverschmutzung heißen. Bei der Anlage einer neuen Kiesgrube muss jedenfalls ein eindeutiges Nein der Stadt und des Forstes ausgesprochen werden. Allerdings würden wir uns nicht wundern, wenn hier noch das Wirken „schwarzer Seilschaften" aufgedeckt würde.

rdrh

Gedanken nach der Regierungserklärung

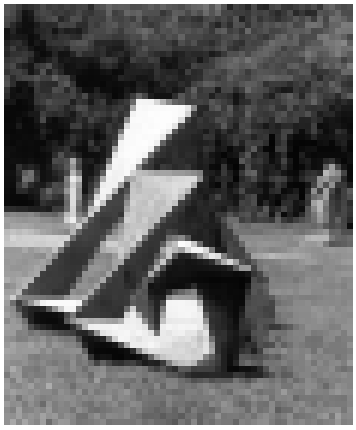
Die Bundesregierung habe den „Auftrag zur sozialen und ökologischen Erneuerung unseres Landes" erhalten, so deutete der Bundeskanzler das Wahlergebnis.
Große Reformen, so der Kanzler, stehen uns bevor - auf dem Arbeitsmarkt, bei der Bildung und Ausbildung. Und das stehe ganz „obenan". Sofort kommt da der Wolfsburger Wunderdoktor ins Spiel, dessen Hartzer-Käse-Rezept - wie sich inzwischen bei immer mehr Gewerkschaftern rumspricht - keinen einzigen neuen Arbeitsplatz bringen wird. „Schnellere Vermittlung, neue Chancen auf Selbstständigkeit, neue Flexibilität durch Personal- und Service-Agenturen" - so Schröders Hartz-Plan. Das „schlüssige Gesamtkonzept" wird schon in wenigen Wochen angesichts der weiter ansteigenden Arbeitslosenzahlen schlüssig Auskunft über die Schönfärberei und Hilflosigkeit des Regierungschefs und seiner Superminister geben.

Bis 2006 soll es einen ausgeglichenen Bundeshaushalt durch das Konsolidierungsprogramm geben, das schon jetzt von einzelnen Regierungsmitgliedern hin und her gewendet wird und das nach dem „Prinzip Illusionen" gestrickt wurde. Deutschland, in dem sich die Armut immer weiter ausbreitet und vor allem Familien mit Kindern trifft, soll nun „zu einem kinderfreundlichen Land werden". Vier Milliarden Euro werden in den nächsten vier Jahren für die Schaffung von 10.000 Ganztagsschulen investiert werden. Ein gutes Versprechen.

Die Renten seien schon mit der Riester-Rente zukunftstauglicher, aber weitere Reformen in der Rente und im Gesundheitswesen seien erforderlich. Die Rentenbeiträge sollen bezahlbar und die medizinische Versorgung für jede und jeden erfolgen - schon das neue „Sparprogramm" trifft jedoch vor allem die Arbeitslosen und Rentenversicherungspflichtigen.

Die „rechtsstaatliche Demokratie" soll ausgebaut werden. Es werde das Ziel verfolgt, „Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide" einzuführen. Ob das Volk dann auch entscheiden darf, ob statt Gelder für Kriegseinsätze Gelder für Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden sollen oder ob die Bundeswehr bei ihrem Auftrag der Landesverteidigung bleiben oder zur Interventionsarmee ausgebaut werden soll?
Schröders wichtigster Satz knüpfte an einem Wahlversprechen an: Deutschland werde sich „an einer militärischen Intervention nicht beteiligen!" Zugleich brüstete sich der Kanzler, dass Deutschland schon jetzt mit 10.000 Soldaten nach den USA die meisten Auslandskrieger stelle, die Bundeswehr inmitten des größten Reformprozesses stehe, um noch „tauglicher" zu werden und verwies zugleich mit „Dankbarkeit" auf die Verbundenheit mit den USA.
Die „Erneuerung unseres Landes" - so schloss der Kanzler mit treuherzigem Augenaufschlag - wird manche schmerzen, aber viele „reicher machen". Da wird er wohl recht behalten: Wir werden in den nächsten vier Jahren wohl alle reicher an schmerzlichen Erfahrungen.

Rolf Priemer (Aus UZ)



Kultur in der Stadt

Seit 1997 gibt es in Mörfelden einen „Skulpturenpark" auf dem alten Friedhof - ausgeschrieben von der Stadt Mörfelden-Walldorf - und seit 2000 besteht die „Kommunale-Galerie" in der Stadthalle von Walldorf.

Beide Einrichtungen wollen in unserer Heimatstadt ein Forum bieten, um zeitgenössische Skulpturen und Objekte im Skulpturenpark - aber auch Malerei und verwandte Richtungen in der Kommunalen-Galerie - von bereits etablierten Künstlern zu zeigen. Bei allen Ausstellungen wird versucht, durch den Einbau von zusätzlichen Veranstaltungen - wie Theater, Lesungen, Musik, Performance u.ä. - Begegnungen verschiedener Kunstrichtungen herbeizuführen. Dadurch sollen Künstler und Interessenten zum Kennenlernen des jeweils „Anderen" angeregt werden. Aber auch Kunstschaffende aus Mörfelden-Walldorf werden jeweils zum Jahreswechsel (Dez.-Jan.) in der „Kommunalen Galerie" gezeigt. Die Initiatoren dieser Veranstaltungen wollen damit zeigen, daß es in unserer Heimatstadt Platz, Interesse und Unterstützung für diese Kunstrichtungen gibt.

Stadtgeschichten

Ein Blick auf den Stammtisch der Vereinsgaststätte der Sport- und Kulturgemeinschaft (SKG) Walldorf „Im Busch" vor etwa 20 Jahren. Regelmässig füllten sich Sonntag morgens kurz nach zehn Uhr die Plätze rings um den U-förmigen Tisch mit seiner bedienungsfreundlichen Form. Es war damals schon ein origineller Einfall, die alten ausrangierten emaillierten Straßenschilder mit den Ur-Walldorfer Namen an der Rückseite der Sitzgruppe zu befestigen. So konnte es vorkommen, daß jeder der Stammgäste unter seinem Namensschild Platz nahm. Es ist jedoch anzunehmen, daß es nicht allzu streng zuging und ein Zuspätkommender auch sagte, „rück emol e Stück". So kam es dann, daß ein Cezanne unter der Tronstraße und ein Jourdan unter der Coutandinstraße saß. Man war sich einig, trank sein Bier, tauschte Neuigkeiten aus und es wurden auch Gäste mit anderen Namen geduldet. Bis auf einen sind alle Anwesenden bekannt. Es sind von links: Alfred Becker (Beckerche), Daniel Cezanne (Stoametz-Daniel), Wilhelm Jourdan (Schacke-Wilhelm), unbekannt, Peter Jourdan (Peterche), Otto Weber.

Not in our name
Nicht in unserem Namen

Bush will Krieg mit dem Irak. Es geht vor allem ums Öl.
Die Bundesregierung laviert zunehmend.

Hintergründe, Fakten, Auswege.

Diskussion mit: Pfarrer Dr. Hans Christoph Stoodt

Donnerstag, 28. November, 20 Uhr
Bürgerhaus Mörfelden, Gesellschaftssaal

Alle Bürgerinnen und Bürger sind dazu herzlich eingeladen

Linke Runde - Diskussionsforum der DKP Mörfelden-Walldorf

Unser Lexikon

Schbrisch

Des is es rischdische
Werrer fer moin Alde.
Es is so kald,
dass er wos
schaffe muss
orrer er vefreert.

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Telefon 22362.